

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gemalt und Betriebsführung erfinden den Verlag für Verlagung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30  
Erschließung: Halle (Saale), Dr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Preis: 10 Pfennig  
Abonnement: 1 Mark  
Anzeigen: 10 Pfennig  
Verleger: Dr. Brauhausstraße 30

Nummer 37

Halle, 15. September 1928

4. Jahrgang

## Die beiden Thesen in Genf

Die deutsche Abordnung ist unter Führung des Kanzlers ohne besondere Erwartungen nach Genf gegangen. Auch die öffentliche Meinung war von vornherein pessimistisch eingestellt und verwarf sich feinerlei gelobte Ergebnisse von den Verhandlungen, die nur formell beginnen sollten, nachdem vorhergehend die von Stresemann bei seiner Anwesenheit in Paris sie eingeleitet hatten. Das ist insofern nicht ganz unverständlich, weil feinerlei Enttäuschung zum Ausdruck gebracht wird, die immer etwas Kästiges und Gefährliches für die Politik an sich hat, zu der man sich folgerichtig Jahre hindurch bekennt. Nur in einer Beziehung gab es eine gewisse Überraschung. Es war die Rede des französischen Außenministers die sich nicht nur laudisch schallend und abweisend gegen die deutsche Auffassung abgab, sondern auch mit ihrer persönlichen Zustimmung versehen mußte. Die Pariser Presse stand mit Ausnahme weniger Blätter die Erklärung feindlich zur Beurteilung aus. Ein Blick aber auf die hervorstechendsten Zeitungen des Auslandes, namentlich der englischen wird wohl Befriedigung darüber bezeugen, daß die Bekämpfung nicht auf feiner Seite steht und daß man namentlich die Seitenhiebe gegen Hermann Müller als überflüssig und überdies empfindlich. Doch wie in der Abklärung nicht sofort Erfolge aufzuweisen werden, auch wenn Deutschland viel positiver auftrat als früher, war jedem Deutschen klar. Darum kam es auch nicht an. Es mußte nur einmal unsere Zielsetzung klar umschrieben werden wieß das für die Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung sein kann.

### Die Räumung

Es mag durchaus zutreffen, daß auf deutscher Seite latente Ungleichgültigkeiten begangen worden sind. Das Pariser in Genf ist sehr alt. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, nicht erst mit den Franzosen allein zu verhandeln, sondern sich sofort an alle beteiligten Mächte zu wenden. Man ist ja bekanntlich immer klüger, wenn man von Mahnung kommt. Entgegenstand kann es nicht sein. Ist es auch gar nicht. Die Vorbereitungen haben ja bereits gezeigt, daß sich zwei Thesen gegenüber stehen. Namentlich in der Beratung der sechs Mächte — man hat auch Japan in letzter Stunde zugezogen — traten sie unvermittelt einander gegenüber. Deutschland beruft sich auf den Artikel 432 des Versailles-Vertrages wonach die Räumung vorzeitig zu erfolgen hat, wenn wir den guten Willen zeigen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Anschauung ist auch in dem Rotenbuch von Locarno unbestritten zum Ausdruck gekommen und wurde noch kürzlich von Lloyd George in seiner Unterredung als richtig bezeichnet. Sie stimmt mit dem überein, was bei den Beratungen über den Friedensvertrag selbst allseitig ausgesprochen wurde. Frankreich hingegen bezeichnet die Befragung als ein Band für die Sicherheit und für die Reparationsleistungen. Welches ist falsch. Stellt man sich einmal formal oder sachlich. Im Rotenbuch sind ausdrücklich alle Sanktionen abgelehnt worden. Im Grunde genommen ist auch eine Fortdauer der Befragung nicht anders als eine Sanktion, als ein Druckmittel, um Deutschland zu Zahlungen anzuhalten, während ja gerade das Wesen des Darlehensplans darin besteht, die Frage aus der Politik herauszunehmen und dort hin zu übermitteln, wo sie gehört, in die Wirtschaft. Eine Sicherheit aber ist überflüssig, nachdem Deutschland in den Locarno-Verträgen auf jede gewaltsame Veränderung seiner Grenzen verzichtet hat. Entweder genügen sie, oder man fragt sich begreifens, wozu dann fernerlich diese alle vollzogen wurden.

### Die Verquickung

Hermann Müller hat bei den Besprechungen den deutschen Reichsfinanzminister gewährt. Das war unbedingt erforderlich, nachdem durch die sehr geladene französische Agitation die Kreditfrage verwirrt gefälscht wurde. Selbstverständlich kann man von ihm absehen, nur muß das dann als ein Entgegenkommen angesehen werden. So ähnlich hat es Stresemann bei seiner Unterredung mit Poincaré dargestellt. Deutschland entzieht sich nicht einer freiwilligen Mitarbeit an der Regelung der internationalen Schuldensachen und ist auch bereit, die Vermittlung zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten zu übernehmen. Aber das ist ein Zugeständnis, wenn natürlich auch in eigenem Interesse, und hat mit der Räumungsfrage nicht das Mindeste zu tun. An sich müssen beide getrennt behandelt werden. Reist Parallele behauptet, der Kanzler habe in der Konferenz am Dienstag einen Plan vorgelegt, der von allen anderen als ungenügend verworfen wurde. Wir wissen darüber noch nichts, halten aber diese Darstellung für durchaus glaubwürdig. Deutschland zeigt eben keine Gemütsheiligkeit, über die Reparationen zu verhandeln, kann aber nicht die Befreiung des Rheinlandes von dem Erfolg

solcher Bemühungen abhängig machen, denn das würde im Grunde nur bedeuten, daß wir auf diesem Linneweg doch in die Verquickung einwilligen. Wo hier ein Kompromiß gefunden wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. Während der Tagung des Völkerbundes wird die Lösung vermutlich nicht gefunden werden.

### Die Abklärung

In der französischen Delegation und dementsprechend in der französischen Presse herrschte großes Erstaunen, als der Kanzler seinen Vorschlag in der Vollversammlung unterwarf. Dabei war das schon von Stresemann in einer Märztagung des Reichstages angekündigt worden. Es ist natürlich möglich, daß die Worte Hermann Müllers scharfer ausfallen, weil die Verhandlungen bis dahin über die Räumung ergebnislos verlaufen waren, aber an sich haben beide Fragen auch nichts miteinander zu tun. Wenn in einem Blatte gefragt wird, der Reichsaussenminister wäre vielleicht vorzuziehen gewesen, so ist das denkbar, nur darf man nicht übersehen, daß Müller als Sozialdemokrat diese Frage nicht als eine außenpolitische betrachtet, sondern als eine internationale Programmfrage seiner Partei, die sie in allen Ländern mit gleicher Heftigkeit betrifft. Das Paul-Boncour dabei eine unrichtige Annahme macht, ändert an der Einstellung der Sozialisten nichts. Es war auch dringend notwendig, daß hier einmal offen gesprochen wurde, nachdem die Kommissionen des Völkerbundes seinen Schritt vorwärts gekommen sind, und der Wille zur Einigung durch die Entscheidung gerechert ist. Einzelne Wendungen des Kanzlers soll Briand über vernommen haben. Namentlich die von dem doppelten Gesicht der internationalen Politik. Treiß das zu, so wäre es bedauerlich, wenn diese Worte nicht die richtige Richtung für den Völkerbund, nicht gegen eine einzelne Macht und gegen die Beschleunigungstakt vieler Staaten, unter denen allerdings Frankreich eine hervorragende Rolle spielt. Briand hat sich dann eben einen Schuß angezogen, der ihm schadet. Zu seiner Heftigkeit lag kein Grund vor. Wir beklagen sie, weil dadurch sein Lebenswert gefährdet wird. Er ist der Mann der Verständigung, einer ihrer Urheber und einer ihrer wichtigsten Träger. Daß er dabei nicht freundschaftlich zärteln kann, hat ihm ja wohl, trotzdem die Rede Lord Curzon's gezeigt, der zwar jede Kritik vermindert, aber doch abriet.

### Verständigungspolitik?

Es ist nicht überaus schwierig, daß sofort die Frage aufgeworfen wird, ob die bisherige Politik weiter fortgesetzt werden kann, ob es überhaupt einen Sinn hat, in der gleichen Richtung tätig zu bleiben. Die Antwort kann nur ein glattes Ja sein. All die Kritiker übersehen, daß sie uns bisher keinen ernsthaften Vorschlag machen konnten, der auch nur der Erhaltung Wert gewesen wäre. Eine Anlehnung an England ist ausgeschlossen. Einmal bedeutet die bolschewistische Propaganda, die nicht ausgehen werden ist, eine dauernde Gefahr, so dann verfügen auch die Sowjets über feinerlei Mittel. Ihre Schikane reicht für eine Offenbar bestimmt nicht aus. Dabei wollen wir die neuer Meinungen über eine weit verzweigte und bedeutende Veränderung in der russischen Arme nicht einmal in Betracht ziehen. Europa kann nur seinen Wiederaufbau mit Erfolg betreiben, wenn es zur Einigung gelangt. Gelegentliche Mißerfolge dürfen diese kein Erkenntnis nicht verschleiern.

### Deutschnationale Agitation

Sobald die ersten Nachrichten über die Rede Helands eintrafen, meldete sich auch schon die deutschnationale Presse mit dem Wort. Sie verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß man die notwendigen Folgerungen aus ihr ziehe, was doch nur heißen kann, daß man einen Kurswechsel vornimmt. Besonders erheitert dürfte dabei, daß man nämlich für die Ehre des Kanzlers beforgt war, denn man immer beklümpert hatte und dem man noch bei der Übernahme seines Postens vorwarf, er habe kein Gefühl für deutsche Würde, da er feinerseit den Friedensvertrag unterzeichnet hätte. Das war etwas die aufgetragen. Mit Recht werden die Deutschnationalen daran erinnert, daß sie ja im Reichstag Marx die Schleifung unserer Ehrentafel durchgeführt haben, obwohl das doch eigentlich weit mehr gegen den nationalen Ehrgefühl verstoß als die Entgelte des französischen Ministers, die ja nur in Worten und nicht in Taten wie damals bestanden. Daß damit die Einheitsfront gestrichen wird, über diese „nationalen“ Kreise nicht im mindesten, und dabei haben sie, als die der Wagt waren, nicht den leiblichen Versuch unternehmen, die ihnen so gefährlich erscheinende Augenpolitik irgendwie zu beeinflussen.

### Panzerkreuzer A

Man soll die grundsätzlichen Erörterungen über den Bau des Panzerkreuzers beiseite lassen. Die Entscheidung darüber ist sehr schwer. Es kann sehr viel dagegen gesagt werden und man kann darüber im Zweifel sein, ob auch nur jene Auffassung zutrifft, daß wir die Zugeständnisse des Versailles-Vertrages ausführen müssen oder daß man gerade für die Abrüstung sich nicht von vornherein jeder Waffe begeben soll. Darauf kommt es in diesem Augenblick nicht an. Bei den Verhandlungen über den Dausfall wird ja darüber noch gesprochen werden müssen. Aber eines muß mit aller Bestimmtheit gesagt werden. Diese ganze Geschichte lohnt keine innere Krise, deren Folgen heute nicht abzuschätzen sind. Wäre es zu einem Rücktritt der sozialdemokratischen Blätter gekommen, so hätte, da eine Neubildung der Regierung auf anderer Basis nicht möglich ist, die Auflösung mit Neuwahlen erfolgen müssen. Die Sozialdemokratie hätte zweifellos schwere Verluste an die Kommunisten erlitten. Das jedoch wäre nicht nur für die Konsolidierung, des Reiches und der Wirtschaftsverhältnisse geradezu verhängnisvoll geworden, sondern hätte auch angefangen für schlechten Konjunktur und der steigenden Zahl der Erwerbslosen erhebliche Gefahren heraufbeschworen. Sogar kommt, daß wahrscheinlich die Zersplitterung weiter gegangen wäre. Gerade wer eine Demokratisierung des Staatswesens erstrebt, wird das für ein Unglück halten. Deshalb ist das tatsächliche Gesicht der Sozialdemokraten reiflos anzuerkennen. Der Parteienausbruch hat die Haltung der Minister mühselig und sich gegen ein gesprochen, was sein gutes Recht ist. Aber er wollte von einer Krise nichts wissen, er hat auch sich einstimmig gegen das kommunistische Volksgesicht gewandt, das ja nur Nationalsozialisten dient. So hat es die am 15. September 1928.

### Graf Brockdorff-Rangau

Künftig und unerbittlich ist Brockdorff-Rangau aus dem Leben geschieden. Wir sind nicht recht genug an Staatsmännern, um seinen Verlust leicht zu verkraften. Er gehörte zu den besten, die uns die Weltkenntnis der Vergangenheit hat. Mit Dank erinnern wir uns an seine Haltung in Versailles, wo seine Ergebenheit im Sinne nationaler Würde ausgesprochen gerührt hat. Er hat in allen Zwischenfällen die Beziehungen zu Ausland aufrecht erhalten und sich damit ein Verdienst erworben. Diese Söhne der Aristokratie, die äußerlich all ihre Merkmale tragen, ist ein tapferer Bekämpfer des demokratischen Gedankens gewesen schon zu einer Zeit, als das seine Förderung verprochen. Ehre seinem Angeben. Er wird schwer zu ersetzen sein. Richard Mah.

### Reichsbankpräsident und

### Landwirtschaftshilfe

Auf dem Bankiertag in Köln stellten Fragen der Landwirtschaft eine besondere Rolle und wurden von führenden Finanzleuten erörtert. Einen besonderen Höhepunkt der Aussprache bildete das unermehrte Eingreifen des Reichsbankpräsidenten in diese Debatte. Dr. Schacht kennzeichnete die Beschränkungen, denen die Reichsbank in ihrem geschäftlichen Verkehr mit der Landwirtschaft unterliegt und die es ihr nur möglich machen, Wechselkredite zu gewähren. Er betonte, daß es wünschenswert sei, diese Beschränkungen so abzuändern, daß auch andere Geschäfte mit der Landwirtschaft für die Reichsbank zulässig würden, und er zeigte sich dabei auf das Beispiel und die guten Erfahrungen anderer Länder, besonders Amerikas. Von höchster Aktualität war die Mahnung des Reichsbankpräsidenten, sich soweit als irgend möglich, von ausländischer Hilfe unabhängig zu machen. Die Hoffnung auf ausländische Hilfe, so betonte Dr. Schacht unter deutlicher Bezugnahme auf die Entwicklung der Dinge in Genf, ist ein Alibi, das ich auch nicht mit einer Karte in meine Bilanz einstellen möchte, dagegen muß das Vertrauen in unsere eigene Kraft 100prozentig bei uns zu Hause liegen. Der stürmische Beifall, mit dem der Bankiertag diese Anspielung und Mahnung aufnahm, zeigt, daß auch hier der Befürwortung, die am Montag unverkennbar war, alsbald wieder Selbstvertrauen und Selbstvertrauen gefolgt sind und daß man in ruhiger Zurechtfindung der politischen Entwicklung, die die wirtschaftliche ja ausschlaggebend bedingen wird, entgegensteht.



# Welt in Waffen

Die protokollarisch festgehaltenen Verhandlungen der Abrüstungskommission fallen bereits die Hände. Um die Abrüstungsfrage zu lösen, ist ein fünfjähriger Rebell gelegt worden. Diplomaten und Militärs sind dabei in gleicher Weise beschäftigt gewesen. Die Männer der deutschen Abrüstungsdelegation, und allen voran Graf Bernstorff, haben zwar überdies verhandelt, was dem Wort von Definitionen das klare, Einfache und Klarheit wieder herauszuholen. An die einfachsten Dinge muß man sich erinnern, wenn die Handlungsbildung der Abrüstung in allen Ländern dargestellt werden soll.

Deutschland hat in Krieg und Frieden 100 000 Mann unter den Waffen. Es hat keine Kampfwagen, keine Flugzeuge, es hat 1134 leichte, 793 schwere Maschinengewehre, an Geschützen sind vorhanden 288 leichte und 42 schwere Geschütze, die sich nur in der Stellung Königsberg befinden und eingebaut sind. Das französische Friedensheer ist 733 000 Mann stark, die voranschreitende Kriegsstärke beträgt 4 1/2 Millionen Mann. Mehr als 35 000 leichte und schwere Maschinengewehre, nahezu 3000 leichte und schwere Geschütze, 2500 Kampfwagen und 2200 Flugzeuge. Italien hat eine Friedensstärke von 284 000 Mann, im Kriegszustand können 2 Millionen Soldaten auf die Beine gestellt werden, 10 000 Maschinengewehre, 1800 Geschütze und 1000 Flugzeuge zählt über polnischer Nachbar zu seiner militärischen Ausrüstung.

Nach dem Stand für das Jahr 1928 hatte England 30 Großkampfschiffe, 58 Geschützte Kreuzer, 180 Torpedoboots und Torpedozüger und 56 U-Boote. Die Flotte der Vereinigten Staaten zählte im gleichen Jahr 18 Großkampfschiffe, 32 Geschützte Kreuzer, 295 Torpedoboots und Torpedozüger und 120 U-Boote. Frankreichs Kriegsstärke betrug 9 Großkampfschiffe, 16 Geschützte Kreuzer, 83 Torpedoboots und Torpedozüger und 60 U-Boote. Die deutsche Flotte kommt gegenüber diesen Zahlen überhaupt nicht in Betracht.

Die Länge der deutschen Grenze beträgt bei Frankreich einschließlich Luxemburg und Saargebiet 612 Kilometer, bei Belgien 155 Kilometer, bei Polen, die territoriale mitgerechnet, 1809 Kilometer, und die deutsche Grenze gegenüber der Tschechoslowakei umfaßt aus 1582 Kilometer. Auf je 10 Kilometer dieser Grenze kann Deutschland unarmierter lassen 243 Mann. Reserve sind nicht vorhanden. Auf 100 Kilometer erst kommen für Deutschland 7 leichte Geschütze, 28 leichte Maschinengewehre und 2 schwere Maschinengewehre.

Frankreich kann auf je 10 Kilometer seiner Grenze mit Deutschland aufmarschieren lassen 11 970 Soldaten, dazu kommen im Kriegszustand 57 152 Reserve-Mannschaften. Polen kann unarmierter lassen trotz der langen Grenze 1573 Mann (Friedensstärke), dazu im Kriegszustand 9614 Reserve, insgesamt also 11 183 Mann gegenüber 243 deutschen Reichswehrsoldaten. Auf je 100 Kilometer kommen noch für Polen dazu: 23 schwere Geschütze, 215 schwere Maschinengewehre, 12 Kampfwagen und 55 Flugzeuge.

An Festungen sind gegenüber Deutschland vorhanden: in Frankreich 12 Festungen und zwar Brest, Straßburg, Metz, Verdun, Longwy, Vervins, Epinal, Lunéville, Nancy, Sedan. Dazu kommt noch das im Aufbau befindliche Verteidigungssystem längs der Ost- und Nordostgrenze. Belgiens Festungen sind Lüttich und Namur, Polen hat gegenüber Deutschland 14 Festungen, und zwar Braubenz, Sułk, Złotów, Ostrowo, Grodno, Słonow, Komarow, Działowa, Wagan, Kulszt, Wodzin, Warschau, Wawograd. Die Tschechoslowakei besitzt sechs Festungen, die allerdings veraltet sind, nämlich Komorn, Olmitz, Königgrätz, Preßburg, Eberesfeld, Jolesefeld.

Dagegen hat Deutschland nur sechs veraltete Festungen, die nicht modernisiert werden dürfen und mit Ausnahme von Königsberg ohne Artillerie sind. Diese sechs Festungen sind Königsberg, Breslau, Glogau, Halberstadt, Ingolstadt und Wien, außerdem noch vier Sperren, die ebenfalls unmodern und ohne Artillerie sind, nämlich Odern, Königsstein, Reife und Wlad.

## Das Defizit im kommenden Haushaltsplan

Wortlaut aus dem Reichsfinanzministerium.

In der letzten Nummer der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, des Organs des Deutschen Industrie- und Handelsvereins, nimmt in bemerkenswerter Weise Ministerialrat Dr. Wadsman, der zu den führenden Männern im Reichsfinanzministerium gehört, das Wort, um auf die Schwierigkeiten des kommenden Etats hinzuweisen. Wadsmans Wortlaut Wadsman betont, daß seit 1926 im ordentlichen Haushaltsplan des Reiches ein Reibungsüberschuss nicht mehr erzielt wurde, daß seit 1925 trotz ungeheurer Aufschwung der Wirtschaftskontinuität die ordentlichen Einnahmen zur Deckung der ordentlichen laufenden Ausgaben nicht mehr ausreichten. Das gilt nach den Schätzungen auch für das laufende Jahr, bei dem der danach an sich vorhandene Reibungsüberschuss durch den letzten Weltfrüheren Reibungsüberschuss und den letzten Minderertrag abgemindert wird. Dabei zeigen die Ausgaben an dieser und jener Stelle über den Normalstand, ohne daß die Einnahmen, so wie sie jetzt sind, mit ihnen Schritt halten können.

Ministerialrat Wadsman erklärt weiter, daß größere Steuererhöhungen sich immer wieder als notwendig erweisen würden, oder Hoffnungen auf beratige Steuern sind jetzt mit dem letzten Weltfrüheren Reibungsüberschuss aufgehoben. Ueberhebungen jetzt bedeuten das Defizit im Reichshaushalt, mit allen Folgerungen, die sich nach dem Friedensvertrage mit seinen Nebenbestimmungen ergeben können.

Bei dem großen Reibungsbedarf der nahen Zukunft — möge er auf drei, vier oder fünfhundert Millionen liegen, — eine dreifache Zahl ist es sicher, und ihre Höhe hängt we-

niger von der Entwicklung der gegenwärtigen Einnahmen oder Ausgaben als von den Ausgaben ab, die neu hinzutreten werden, die aber nicht fünfzig oder hundert Millionen ausmachen — handelt es sich um politische Fragen weitest Ausmaßes und grundsätzlicher Bedeutung, um Weltanschauungsprobleme. Und die Regierung ist schuldig daran, die hier mit der Praxis der letzten zehn Jahre, jedem Wunsch zu folgen, brechen muß. Die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, sind in dieser; sie sind eine unabweisbare Folge der Entwicklung des letzten Jahrzehnts. Doch je jetzt zur Entscheidung kommen, ist eine schwere Belastung der Regierung, die schwerer vielleicht seit Versailles, London und dem Dawesabkommen. Bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen wird sich der Vorhang heben, werden sich die Fragen erkennen lassen, aus denen sich der Kronen der Staatsprobe schätzen wird.

## Eine Enklave, die nicht Enklave bleiben will

Der Gemeinderat der belgischen Gemeinde Steinbach am Taunus hat in einer einstimmig gefaßten Entscheidung die belgische Regierung um Aufhebung der für die gegenwärtigen Verhältnisse unzulässigen Sonderstellung der Gemeinde Steinbach ersucht. Das Schicksal dieser Gemeinde ist kennzeichnend für unsere gegenwärtig noch bestehenden Verhältnisse. Steinbach, ein Dorf mit 1000 Einwohnern, liegt mitten zwischen den preussischen Kreisen Main-Taunus-Ober-Taunus und Königstein. Es nimmt unter allen Gemeinden die eigenartige Stellung ein und zwar deshalb, weil es 1866 einfach vergerichtet wurde und daher bei dessen-Darmstadt bis auf den heutigen Tag blieb. Lieber die veränderten Reichsverhältnisse braucht nur gesagt zu werden, daß die Gemeinde eine Halbzeit hat. Das Gebiet, Wald und Feld, gehören Steinbach, die juristischen Rechte aber über Preußen aus, die kommunalrechtlichen Befugnisse in Grumburg. Die Jagdverwaltung besitzt die belgische Oberförsterei Obersteinbach, den Wildfang aber die preussische Polizei in Grumburg aus. Die Jagdverwaltung liegt Steinbach zu, aber der Jagdschein ist in Preußen gefaßt, werden. Woher sind alle Schritte der Bewohner von Steinbach, die unzulässigen Verhältnisse zu beseitigen, hergeschlagen. Es sind bereits jahrelange Verhandlungen über das Schicksal dieser Gemeinde geführt worden, ohne daß bis jetzt ein Ergebnis erzielt worden ist.

## 400 Paragraphen um Abfälle

„So sieht das deutsche Reich aus.“ In der Dresdener Mitgliederversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurde in der Aussprache zu einem Vortrag über „Landrentenrecht und Verwaltungsreform“ von einem Redner ausgeführt: „Ich habe neulich die Begründung des Gesetzes über die Abfälle von Edelmetalle im Hausierhandel gehabt. Dieses Gesetz ist veröffentlicht vom Reich. Im Reich waren es neun Paragraphen und die Ausführungsverordnung. Dann kamen zweihundert Paragraphen und zweihundert Paragraphen Ausführungsverordnungen der Länder dazu. Ich finde es eine vierhundert Paragraphen gekommen, um den Absatz von Edelmetalle im Hausierhandel zu regeln! So sieht das Deutsche Reich aus.“

## Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

Wirtschaftsausschüsse für Vieh und Fleisch. Für die Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtoch und Fleisch sowie für Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen, waren im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms acht Millionen RM. an Beihilfen und 22 Millionen RM. mit Regiegarantie ausgestattete Darlehen bereitgestellt. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist über diese Reichsmittel nunmehr vollkommen verfügt. Sie fanden bzw. finden Verwendung für die Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schweine- und Schafweidefleisch, für die Nationalisierung der Schweine- und Schafweidefleisch, für die Organisation des genossenschaftlichen Verkaufes sowie zur Zinsverbilligung und als Sicherstellungsverträge für die mit Regiegarantie ausgestatteten Darlehen. Solche wurden auf Grund der vom Reichstag und Reichsrat genehmigten Richtlinien und in Übereinstimmung mit dem Vorschlagsbuch beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft genehmigt für die Maßnahmen zur Gewinnung neuer Absatzgebiete aus den Hauptmärkten für den Absatz von Fleischwaren, für Fleischverarbeitungsanstalten in Berlin und Hamburg sowie für die Errichtung von Fleischverarbeitungsanstalten der Landwirtschaft in Königsberg (Preußen) und in Schleswig. Den beiden letzteren sind mit Rücksicht auf die in den Provinzen Schleswig-Holstein und Ostpreußen auf dem Gebiete des Vieh- und Fleischmarktes besonders gelagerten Verhältnisse besondere Kredite gegeben worden. Bei der schleswig-holsteinischen Anlage erscheint es zur Zeit fraglich, ob sie in der geplanten Weise zustande kommen wird. Für weitere derartige Einrichtungen lassen zinsverbilligte Kredite nicht mehr zur Verfügung.

## Demokratische Reichsfräuentagung

Ausflug zur Winterarbeit. Vom 21.—23. September findet in Dresden eine Reichsfräuentagung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Die Tagung wird eröffnet durch die preussische Landtagsabgeordnete Martha Dönhoff. Es sprechen alsdann Stadtrat Luise Kieselbach-München über „Erfahrungen und Forderungen der Frauen in der Gemeindepolitik“. Ergänzende Referate halten die Stadtratsordnete Gertrud Gessenheiner, Rönneburg (Schürdingen); und die kommunale Arbeit einer kleinen Stadt“; und Stadtratsrätin Else Graeff-Berlin über „Frauenarbeit in der Gemeinde“. Schließlich spricht noch die Stadtratsordnete Paula Mendorf, Breslau, über den Aufmarsch der Frauen zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen. In der geschlossenen Sitzung finden

alldam die internen Verhandlungen statt. Am Sonnabend Abend wird eine öffentliche Kundgebung unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Reichsminister a. D. Dr. Kell veranlaßt über das Thema „Deutschlands innere Kräfte im Aufstiege“. Es sprechen Oberbürgerin Emma Wedemann-Darmstadt und Ministerpräsident a. D. Dr. Tangen-Odenburg. — Am Sonntag vormittag wird unter Leitung der Reichstagsabgeordneten Dr. Marie Elisabeth Lüders behandelt werden „Berufung — Partei — Parlament, die Grundlagen der politischen Willensbildung“. Als Redner sind vorgesehen: Regierungsrat a. D. Dr. Otto Illig-Berl, M. D. L., Dresden, und Ernst Kemmer, Vorsitzender der deutschen Jungdemokraten, Berlin.

## Nationalistische Propaganda in der Reichsbahn

Was sagt die Generaldirektion? Dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird geschrieben: In dem D-Zug, der am 20.06.1928 über Berlin verläßt, und nach Leipzig und München geht, konnte man vor einigen Tagen eine merkwürdige Szene beobachten. In einigen Abteilen saßen Nationalsozialisten mit Abzeichen, andere trugen ihre sogenannte Uniform. Nachdem der D-Zug Berlin verlassen hatte, eilten die Herren mit hunderten von Flugblättern bemalt in die einzelnen Abteile und verteilten die nationalsozialistischen Flugblätter, die ganz auf den nationalsozialistischen Den abgemittelt waren und die üblich unerhörte Beleidigungen gegen unsere jüdischen Mitbürger enthielten. Dieser D-Zug fährt weiter nach München, und wird in sehr großem Maße von Auslandsreisenden benutzt, die ja wohl einen sehr merkwürdigen Begriff von dieser Art deutscher Kulturpropaganda tragen. Am merkwürdigsten aber ist, daß der aufstrebende Beamte in Leipzig erklärte, gegen die Flugblattverteilung der Nationalsozialisten nichts unternehmen zu können. Steht die Reichsbahnverwaltung auf dem gleichen Standpunkt?

## Ein empfehlenswerter Reichstagsabgeordneter

Wit was für — Reuten sich unter Umständen republikantisch getrimmte Beamte heranzubilden müssen, wenn sie sich pflichtgemäß bemühen, der Verfassung und ihren Symbolen die erforderliche Achtung zu verschaffen, davon weiß insbesondere der Kandidat des Kreises Frankfurt-Berlin, Rönneburg, ein Vieh zu sagen, weil in seinem Amtsbezirk eine ungewöhnlich große Zahl von bestehenden Seebädern liegt und man weiß, daß die verfassungsmäßigen Elemente sich mit Recht dem Seebad ausführen, um dort gegen die Republik und ihre Farben zu demonstrieren. Bekanntlich hatte Kandidat Rönneburg in dem Seebad Bredenow, wo er auch viele Abteilungen gegen die schwarz-rot-goldene Fahne vorgenommen waren, einen Aufmarsch zum Schutze der Reichsflagge anfangen lassen, der ganz zweifellos bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Verurteilung der Beamten beigetragen, auf einige Personen von einer belästigenden heftigen Verfassung allerdings energig gerichtet hat. Zu diesen Personen gehört der Major a. D. Walter Buch, der Major a. D. Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Dieser Abgeordnete Buch hat, angeregt durch die landräthliche Bekanntmachung, unter dem 7. August d. J. an Herrn Rönneburg ein Schreiben gerichtet, das von Verleumdungen des Adressaten und der Republik geredet wird. Der Nationalsozialist schreibt da u. a.:

„Was Sie da tut, Ihre kleinen Vorklein, als wie Landräte und Gemeindefunktionsäre, oder Ihre größeren Vorklein als wie Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten umfamt dem Oberbürger, Innenminister, was Sie da tut, ist ebenso tödlich wie unabweisbar. Ihre Lüge dem deutschen Volke vor“, usw. . . . Die gleiche Fügung, die Sie fürs Reich und für die Partei aufzogen in dem Augenblick, als Sie Euch durch Meinel und Hochparat in den Besitz der Macht setzten, die gleiche Fügung soll jetzt mit aller Gewalt dem Deutschen Volke aufzuzwingen werden. . . . Niemals wird die Gemtschaft des deutschen Volkes die Fahne als Reichsflagge anerkennen, die sich in der größten Not des Volkes vor Meinel und Hochparat breitet. Solange deutsche Junge klingen, werden diese Verbrechen als Schande und Schmach empfunden werden. Daran wird auch der Jude nichts ändern.“

Kandidat Rönneburg hat es natürlich abgelehnt, sich sachlich mit diesem merkwürdigen Volksvertreter auseinanderzusetzen; er hat aber kurz den „Wit“ gekennzeichnend, „mit dem Sie aus dem sicheren Schutze Ihrer Immunität heraus Ihre Beleidigungen und Beschimpfungen aussprechen“. Und er hat auf die „Kornemtheit der Beminnung“ hingewiesen, die aus der Tatsache spricht, daß ein Mann, der es wagt, den heutigen Staat so zu beschimpfen, sich doch nicht scheut, von diesem selben Staate Pension entgegenzunehmen, also sich von ihm ernähren zu lassen. — Major a. D. Buch erzählt im Reichstagsantragbuch von sich u. a., er sei nach Soltau bei Münden übergesiedelt, „wo er sich vor allem erzieherischen Aufgaben widmete.“ Gnade Gott den unglücklichen Menschen, die die Objekte der erzieherischen Tätigkeit dieses Herrn werden!

## Das ist Dr. Goebbels!

Durch die parlamentarische Immunität gebot, gibt der belästigte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels in Berlin ein Blatt heraus, das sich „Der Angriff“ nennt. In der letzten Ausgabe dieses Blattes wird unter der Überschrift „S treuemanns Lebenstage“ gemeldet, daß der deutsche Außenminister an einer Kreisfräuentagung teilte. Es heißt dann wörtlich:

„Als Ursache einer Kreisfräuentagung kommt entweder eine schwere Halsentzündung oder aber übermäßiger Genuß von schwerverdaulichen Speisen und Alkohol in Frage. Soviel bekannt geworden ist, hat Herr Reichsaussenminister an einer Halsentzündung in den letzten Wochen nicht gelitten.“

Die Unterstreichungen rühren von Dr. Goebbels her. Sie zeigen, wie die ganze Vernehmung, einen geistigen und moralischen Tiefstand, wie er noch nicht da war.





# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung embinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abdruckrechte für die Jahrgangspfeiler  
Mittlerweile 10 Jahrgänge. - Kurze  
im Monatliche 1 Blatt. - Jahrgang  
nahm durch den Verlag des „Politischen  
Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-  
straße 30.

Nummer 37

Halle, 15. September 1928

4. Jahrgang

## Die beiden Thesen in Genf

Die deutsche Abordnung ist unter Führung des Kanzlers ohne besondere Erwartungen nach Genf gegangen. Was die öffentliche Meinung war von vornherein bestimmend einseitig und verpackt sich feierlich geordnete Abschlüsse von den Verhandlungen, die nur formell be-  
men sollen, nachdem Vorkämpfer von Giesch und Dr. Giesemann bei seiner Anwesenheit in Paris feierlich er-  
klärt hatten. Das ist infolgedessen nicht ganz unwillkürlich  
I feierlich Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht wird,  
zu immer etwas Fähigkeiten und Fähigkeiten für die Poli-  
tik an sich hat, zu der man sich folgerichtig Jahre hindurch  
beimt. Nur in einer Beziehung gab es eine gewisse Un-  
übersichtlichkeit. Es war die Rede des französischen Außen-  
ministers die sich nicht nur sachlich scharf und abgemessen  
sondern die deutsche Auffassung abgab, sondern auch mit ihrer  
sinnlichen Zustimmung versehen wurde. Die Pariser Presse  
fiel mit Ausnahme weniger Blätter die Erklärung  
stark zur Abrüstungsfrage aus. Ein Blick aber  
die hervorgerufenen Meinungen des Auslandes, nam-  
entlich der englischen wird wohl Abstand gewinnen dar-  
über gelegt haben, daß die Weltmeinung nicht auf seiner  
Seite liegt und daß man namentlich die Seitenhiebe gegen  
Giesemann Müller als überflüssig und lösend empfindet. Daß  
er in der Abrüstung nicht sofort Erfolge aufweisen würden,  
auch wenn Zeitschuld viel positiver auftrat als früher,  
vor jedem Angehörigen klar. Darauf kam es auch nicht  
an. Es mußte nur einmal unsere Stellungnahme klar um-  
schrieben werden weil das für die Zukunft von ausschlag-  
gender Bedeutung sehr kann.

### Die Räumung

Es mag durchaus zurecht sein, daß auf deutscher Seite  
trotz Ungleichheiten begangen worden sind. Das  
steht in Genf ist sehr klar. Vieleicht wäre es richtiger  
gewesen, nicht erst mit den Franzosen allein zu verhandeln,  
sondern sich sofort an alle beteiligten Mächte zu wenden.  
Auch ist ja bekanntlich immer klüger, wenn man von Rat-  
schlägen kommt. Entscheidend kann es nicht sein. Ist es auch  
gibt. Die Vorberedungen haben ja bereits gezeigt,  
daß sich zwei Thesen gegenüber stehen. Namentlich in der  
Räumung der sechs Mächte — man hat auch Japan in letzter  
Stunde zugezogen — traten sie unvermittelt einander gegen-  
über. Deutschland beruft sich auf den Artikel 432 des Ver-  
trages Betrages wonach die Räumung vorzeitig zu er-  
folgen hat, wenn wir den guten Willen zeigen, unsere  
Verpflichtungen zu erfüllen. Diese Anweisung ist auch in  
den Notenwechsel vor Locarno unterstrichen zum Ausdruck  
kommen und wurde noch kürzlich von Lloyd George in  
seiner Unterhausrede als richtig bezeichnet. Sie stimmt  
mit dem überein, was bei den Beratungen über den Fried-  
ensvertrag selbst allseitig ausgesprochen wurde. Frankreich  
wegen bezeichnet die Weisung als ein Hindernis für die  
Geschwindigkeit und für die Reparationsleistungen. Beides ist  
ja wohl Stellen nicht einmal formal oder sachlich. Im  
Zweifelplan ist ausdrücklich alle Sanktionen abgelehnt wor-  
den. Im Grunde genommen ist auch eine Fortbauer der  
Räumung nicht anderes als eine Sanktion, als ein Druck-  
mittel, um Deutschlands zu Zahlungen anzuhalten, während  
gerade das Wesen des Damesplanes darin besteht, die  
Lage aus der Politik herauszunehmen und dort hin zu  
vermeiden, wohin sie gehört, in die Wirtschaft. Eine  
Sanktion aber ist überflüssig, nachdem Deutschland in den  
Locarno-Verträgen auf jede gewaltsame Veränderung seiner  
Lage verzichtet hat. Entweder genügen sie, oder man  
hat sich vergebens, wozu dann feierlich diese Worte voll-  
zogen wurden.

### Die Verzichtung

Giesemann Müller hat bei den Verhandlungen den deut-  
schen Rechtsstandpunkt gehortet. Das war unbedingt er-  
forderlich, da die sehr geführte französische Agi-  
tion die bestmögliche Verwirrung gestiftet wurde. Selbst-  
verständlich kann man von ihm abweichen, nur muß das  
als ein Gegenentwurf angesehen werden. So ähnlich  
es Streifenman bei seiner Unterredung mit Poincaré  
gescheit. Deutschland entsieht sich nicht einer freiwilligen  
Harkeit bei der Regelung der internationalen Schuldver-  
hältnisse und ist auch bereit, die Vermittlung zwischen den  
Mittlern und den Vereinigten Staaten zu übernehmen,  
besonders das ist ein Zugeständnis, wenn natürlich auch in eigen-  
er Innersache, und hat mit der Räumungsfrage nicht das  
Indefinite zu tun. An sich müssen beide getrennt behandelt  
werden. Seit Pariserne bewahrt, der Kanzler habe in  
Konferenz am Dienstag einen Plan vorgelegt, der von  
den anderen als ungenügend verworfen wurde. Wir wis-  
sen darüber noch nichts, halten aber diese Darstellung für  
irgendwas glaubwürdig. Deutschland zeigt eben eine Ge-  
sinnung, über die Reparationen zu verhandeln, kann  
aber nicht die Befreiung des Rheinlandes von dem Giesemann

solcher Verhandlungen abhängig machen, denn das würde im  
Grunde nur bedeuten, daß wir auf diesem Linnee doch in  
die Bequidung einwilligen. Wo hier ein Kompromiß gefun-  
den wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es  
zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein.  
Während der Tagung des Völkerbundes wird die Lösung  
vermutlich nicht gefunden werden.

### Die Abrüstung

In der französischen Delegation und dementsprechend  
in der französischen Presse herrschte großes Erstaunen,  
als der Kanzler seinen Vortrag in der Vollerversammlung  
unternahm. Dasselbe war das schon von Stresemann in einer  
Witzigung des Reichstages angekündigt worden. Es ist  
natürlich möglich, daß die Worte Hermann Müllers scharf  
ausfielen, weil die Verhandlungen bis dahin über die  
Räumung ergebnislos verlaufen waren, aber an sich haben  
beide Fragen auch nichts miteinander zu tun. Wenn in ein-  
zelnen Mächten gefragt wird, der Reichsaussenminister wäre  
vielleicht vorlässiger gewesen, so ist das denkbar, nur darf  
Frage nicht als eine außerordentliche betrachtet, sondern als  
eine internationale Programmforderung seiner Partei, die  
sie in allen Ländern mit gleicher Häufigkeit vertritt. Das  
Paul-Boncour dabei eine unrichtige Ausnahme macht,  
ändert an der Einseitigkeit der Sozialisten nichts. Es war  
auch dringend notwendig, daß hier einmal offen gesprochen  
wurde, nachdem die Kommission des Völkerbundes seinen  
Schritt vornahm genommen sind, und der Wille zur  
Substanz allzu deutlich in die Erscheinung getreten ist. Ein-  
zelne Meinungen des Kanzlers soll Brandt nicht vermerkt  
haben. Namentlich die von dem doppelten Gesicht der inter-  
nationalen Politik. Damit das, so wäre es beauerlich,  
dann diese Worte waren für die Zukunft von ausschlag-  
gender Bedeutung, nicht gegen eine einzelne Macht und gegen  
die Verschleppungspolitik vieler Staaten, unter denen aller-  
dings Frankreich eine hervorragende Rolle spielt. Brandt  
hat sich dann eben einen Schuh angezogen, der ihm passte.  
Zu seiner Festigkeit lag kein Anlaß vor. Wir beklagen sie,  
weil dadurch sein Lebenswerk gefährdet wird. Er ist der  
Mann der Verantwortung, einer ihrer Urheber und einer  
ihrer wichtigsten Träger. Daß er dabei nicht Freundes-  
staaten zählen kann, hat ihm ja wohl anzuhören die Rede  
Wald Cuscherunds gezeigt, der zwar keine Kritik vermerkt,  
aber doch abdrückt.

### Verständigungspositivität?

Es ist nicht überaus, daß sofort die Frage aufge-  
worfen wird, ob die bisherige Politik weiter fortgesetzt  
werden kann, ob es überhaupt einen Sinn hat, in der  
gleichen Richtung tätig zu bleiben. Die Antwort kann nur  
ein glattes Ja sein. All die Kritiker übersehen, daß sie  
uns bisher keinen ernsthaften Vorschlag machen konnten,  
der auch nur der Erwägung Wert gewesen wäre. Eine  
Anlehnung an Ausland ist ausgeschlossen. Einmal bedeutet  
die hochgemittelte Propaganda, die nicht ausgegeben wor-  
den ist, eine dauernde Gefahr, so dann verlegen auch die  
Sowjets über feierlich Nachmittags. Ihre Schikstra redet  
für eine Offenheit bestimmt nicht aus. Dabei wollen wir  
die neuen Meldungen über eine weit verweirte und bedeuten-  
de Veränderung in der russischen Armee nicht einmal in  
Betracht ziehen. Europa kann nur seinen Wiederaufbau mit  
Erfolg betreiben, wenn es zur Einigung gelangt. Gelegen-  
liche Mißerfolge dürfen diese klare Erkenntnis nicht ver-  
schleiern.

### Deutschnationale Agitation

Sobald die ersten Nachrichten über die Rede Brandts  
eintrafen, meldete sich auch schon die deutschnationale  
Pressestimme zum Wort. Sie verlangte nicht mehr und nicht  
weniger, als daß man die notwendigen Folgerungen aus  
ihre sache, was doch nur heißen kann, daß man einen  
Starkwechsel vornimmt. Besonders erheitert dürfte dabei,  
daß man plötzlich für die Ehe des Kanzlers besorgt war,  
den man immer belächelt hatte und dem man noch bei  
der Übernahme seines Postens vorwarf, er habe kein Ge-  
fühl für deutsche Würde, da er feierlich den Friedensver-  
trag unterzeichnet hätte. Das war etwas die untergeordnet.  
Nur Recht werden die Deutschnationalen daran erinnert,  
daß sie so im Kabinett Marx die Schließung unserer Dis-  
kussion durchgeführt haben, obwohl das doch eigentlich  
weit mehr gegen den nationalen Erbeerbegriff verstoß als  
die Entgleisungen des französischen Ministers, die ja nur  
in Worten und nicht in Taten wie damals bestanden. Daß  
damit die Einheitsfront zerfallen wird, führt diese „natio-  
nalen“ Kreise nicht im mindesten, und dabei haben sie, als  
sie an der Macht waren, nicht den leichten Verlust unter-  
nehmen, die ihnen so gefährlich erscheinende Außenpolitik  
irgendwie zu beeinflussen.

### Panzerkreuzer A

Man soll die grundsätzlichen Erörterungen über den  
Bau des Panzerkreuzers beiseite lassen. Die Entscheidung  
darüber ist sehr schwer. Es kann sehr viel dagegen gesagt  
werden und man kann darüber im Zweifel sein, ob auch  
nur jene Auffassung zurecht, daß wir die Zugeständnisse  
des Versailles Vertrages ausführen müssen oder daß man  
gerade für die Abrüstung sich nicht von vornherein jeder  
Waffe begeben soll. Darauf kommt es in diesem Augenblick  
nicht an. Bei den Verhandlungen über den Haushalt wird  
ja darüber noch gesprochen werden müssen. Aber eines muß  
mit aller Bestimmtheit gesagt werden. Diese ganze Geschichte  
lehrt keine innere Krise, deren Folgen heute nicht abzuschätzen  
sind. Wäre es zu einem Rücktritt der sozialdemo-  
kratischen Minister gekommen, so hätte, da eine Neubildung  
der Regierung auf anderer Basis nicht möglich ist, die Auf-  
lösung mit Neuwahlen erfolgen müssen. Die Sozialdemo-  
kratie hätte gewisslos schwere Verluste an die Kommunisten  
erlitten. Das jedoch wäre nicht nur für die Konsolidierung,  
des Reiches und der Wirtschaftsverhältnisse geradezu ver-  
hängnisvoll geworden, sondern hätte auch angelehnt der  
schlechten Konjunktur und der steigenden Zahl der Arbeits-  
losen erhebliche Gefahren heraufbeschworen. Hinzu kommt,  
daß wahrscheinlich die Zersplitterung weiter gegangen wäre.  
Gerade wer eine Demokratisierung des Staatswesens er-  
strebt, wird das für ein Unglück halten. Deshalb ist das  
tätliche Gescheh der Sozialdemokratie reiflos anzuerkennen.  
Der Parteienausschuß hat die Haltung der Minister missbilligt  
und sich gegen den Kreuzer ausgesprochen, was sehr gutes  
Recht ist. Aber er wollte von einer Krise nichts wissen,  
Er hat auch sich einmündig gegen das kommunistische Volks-  
begehren gewandt, das ja nur Negationswunden dient. So  
hald es sich aus dem Reichstag entfernt.  
Heinrich Brüning.

### Graf Brockdorf-Rangau

Fähig und unerwartet ist Brockdorf-Rangau aus dem  
Leben geschieden. Wir sind nicht reich genug an Staats-  
männern, um seinen Verlust leicht zu verschmerzen. Er ge-  
hörte zu den besten, die uns die Weisheit der Weisheit  
hinterlassen hat. Mit Dant ertrug wir uns an seine  
Schaltung in Versailles, wo seine Ergebenheit im Sinne natio-  
naler Würde ausgegossen gewirkt hat. Er hat in aller  
Zufriedenheit die Beziehungen zu Ausland aufrecht er-  
halten und sich damit ein Verdienst erworben. Dieser  
Sohn der Aristokratie, der äußerlich all ihre Merkmale  
trug, ist ein tapferer Bekämpfer des demokratischen Gedan-  
kens gewesen schon zu einer Zeit, als das seine Förderung  
verpöht. Erre seinem Angehörigen. Er wird schwer zu  
ersehen sein.  
Richard May.

### Reichsbankpräsident und

colorchecker CLASSIC  
xrite

Farben  
reiner  
der  
Weiß  
gelb  
rot  
grün  
blau  
violett  
schwarz  
weiß

Fragen der  
Hauptpunkt  
genesen des  
Schacht kenn-  
ant in ihrem  
unterliegt  
edte zu ge-  
diese Vor-  
schritte mit der  
rden, und  
geruten Ex-  
Von höch-  
präsidenten,  
sich jäh-  
unabhängig  
Süsse,  
auf d  
das i  
stellen  
eigene  
Führung  
der Ver-  
setzung, die  
Selbstbestimmung  
und Selbstvertrauen  
erfolgt sind und  
dass man in ruhiger  
Übertheit der poli-  
tischen Entwicklung,  
die die wirtschaftliche  
zu ausgleichende  
bedingen wird, ein-  
gegensteht.